

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 49. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 25. Januar 2018

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Sven Teuber (SPD)**

Neuer Förderansatz in der Arbeitsmarktpolitik

Zu Beginn des Jahres 2018 ist ein neuer ESF-Förderansatz, das „Bedarfsgemeinschaftscoaching“ gestartet. Landesweit sollen in diesem Jahr 30 Projekte umgesetzt werden, mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit von langzeitleistungsbeziehenden Menschen zu steigern und berufliche Perspektiven zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welcher innovative Ansatz wird beim Bedarfsgemeinschaftscoaching zugrunde gelegt?
2. Auf welchen Erfahrungen kann man beim Bedarfsgemeinschaftscoaching aufbauen, insbesondere unter Berücksichtigung der „Westpfalz-Initiative“?
3. Wie gestaltet sich die Förderung des Bedarfsgemeinschaftscoachings?
4. Wie wird die Landesregierung den Umsetzungsprozess der geplanten 30 Projekte begleiten?

2. Abgeordneter

**Michael Wäschenbach
(CDU)**

Kündigung des MDK-Geschäftsführers Zieres durch den MDK und Rolle der Landesregierung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Presseveröffentlichungen zu einer erneuten Wende im Kündigungsprozess des ehemaligen MDK-Geschäftsführers stellen sich neue Fragen, die der Aufklärung durch die Landesregierung bedürfen, insbesondere zur Frage einer Einflussnahme der Landesregierung auf die MDK-Führung. Eine besondere Rolle spielen dabei Prämienzahlungen an MDK-Mitarbeiter mit Beamtenstatus.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Zeitraum wurde die Praxis der Prämienzahlung auch an Mitarbeiter mit Beamtenstatus durch den MDK nach Kenntnis der Landesregierung durchgeführt?
2. Wer hatte von diesem Vorgang im zuständigen Ministerium Kenntnis oder war daran beteiligt?
3. Welche Stellungnahmen hat der Landesprüfdienst seit 2012 zu dieser Prämienpraxis des MDK abgegeben?
4. Inwieweit war die Landesregierung beim Nachschieben dieser Praxis als Kündigungsgrund durch den MDK im Prozess vor dem OLG Koblenz beteiligt?

3. Abgeordneter
Uwe Junge (AfD)

Gefährder in Rheinland-Pfalz

In Nordrhein-Westfalen wurde im Falle von Ahmet Y. aus Altenbeken erstmals von § 58 a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) Gebrauch gemacht, um einen islamistischen Gefährder abzuschieben (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Januar 2018). In Rheinland-Pfalz gehören nach Angaben des Innenministeriums derzeit 200 Personen der „salafistischen Szene“ an, darunter 50 gewaltbereite Personen, von denen Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgehen. Insgesamt zehn dieser Salafisten werden als Gefährder eingestuft, von denen sich derzeit fünf im Ausland aufhalten sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um eine Wiedereinreise der derzeit im Ausland befindlichen Gefährder nach Rheinland-Pfalz zu verhindern?
2. Sofern sich die Wiedereinreise nicht verhindern lässt: Welche Maßnahmen können und sollen ergriffen werden, um diese Gefährder in Gewahrsam zu nehmen respektive die Öffentlichkeit vor ihnen zu schützen?
3. Wie viele der in Rheinland-Pfalz befindlichen Gefährder sind ausreisepflichtig?
4. Warum hat Rheinland-Pfalz bisher noch nicht von § 58 a AufenthG Gebrauch gemacht, um islamistische Gefährder abzuschieben?

4. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)

Anerkennung von Schutzgemeinschaften

Zum Januar 2018 ist die „Landesverordnung zur Änderung weinrechtlicher Vorschriften“ in Kraft getreten, die die Rechtsgrundlage für sogenannte „Schutzgemeinschaften“ bildet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Vor welchem Hintergrund wurde die Schaffung von Schutzgemeinschaften ermöglicht?
2. Welche Aufgaben, Funktionen, Kompetenzen und Freiräume sind für Verbände der Weinwirtschaft mit einer Schutzgemeinschaft verbunden?
3. Welche Vorteile ergeben sich für die regionalen Winzerinnen und Winzer sowie die Weinwirtschaft in Rheinland-Pfalz?
4. Wie wird die Gründung einer nationalen Dachorganisation bewertet?

5. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ergebnisse des „Krisentreffens“ zur Vereinheitlichung der Bahnsteighöhen

Seit geraumer Zeit streiten sich bereits die Länder mit dem Bund über die vom Bundesverkehrsministerium gewünschte Vereinheitlichung der Bahnsteighöhen auf 76 Zentimeter. Für Rheinland-Pfalz würde diese Vereinheitlichung bedeuten, dass für viele Züge aus dem Nahverkehr die Barrierefreiheit verloren ginge, weil diese auf eine Bahnsteighöhe von 55 Zentimeter ausgerichtet wurden, die bereits im Jahr 2006 mit der DB Station & Service AG ausgehandelt worden ist. In den folgenden Jahren wurden entsprechend die Bahnsteige modernisiert, umgebaut und barrierefrei gestaltet, indem Bahnsteighöhe und Bodenhöhe der Fahrzeuge im Einstiegsbereich in etwa angepasst wurden.

Am 12. Januar 2018 trafen sich erneut der Bund und die Länder, um den Konflikt zu beraten. Laut Sprecher des baden-württembergischen Landesverkehrsministeriums sei vereinbart worden, dass die Länder Konzepte entwickeln, wie ein sinnvolles Nebeneinander von unterschiedlichen Bahnsteighöhen organisiert werden sollte.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist aus Sicht der Landesregierung das Ergebnis des Treffens zwischen dem Bund und den Ländern am 12. Januar 2018 zu bewerten?
2. Inwieweit kann die Landesregierung die Informationen aus Baden-Württemberg bestätigen und um darüber hinausgehende Informationen ergänzen, die für Rheinland-Pfalz von Relevanz sind?
3. Welche Vorschläge will die Landesregierung dem Bundesverkehrsministerium unterbreiten?
4. Bis wann muss die Erstellung des Konzeptvorschlags beim Bundesverkehrsministerium vorliegen?

6. Abgeordnete
Adolf Kessel und
Dirk Herber (CDU)

Entwicklung der Asylbewerberzahlen 2017

Bundesinnenminister Thomas de Maizière gab jüngst die Asylbewerberzahlen für das vergangene Jahr bekannt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Antragszahlen in Rheinland-Pfalz entwickelt?
2. Wie hat sich 2017 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von neuen Asylanträgen in Rheinland-Pfalz entwickelt?
3. Wie hat sich im Jahr 2017 für Rheinland-Pfalz die Zahl der Altfälle entwickelt?
4. Wie häufig wurde in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr von Abschiebehaft gemäß § 62 AufenthG, Ausreisegewahrsam gemäß § 62 b AufenthG und Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer gemäß § 56 AufenthG im Verhältnis zu den ausreisepflichtigen Ausländern insgesamt Gebrauch gemacht?

7. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp
und Dr. Tanja Machalet
(SPD)

Organspenderzahlen auf niedrigstem Stand seit 20 Jahren

Wie aktuellen Presseberichten zu entnehmen ist, hat die Zahl der Organspender in Deutschland 2017 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Nach den Statistiken der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) gab es nur 797 Spender, 60 weniger als im Vorjahr. Die Entwicklung der Organspenderzahlen in Deutschland war 2017 regional unterschiedlich. Von den Expertinnen und Experten werden insbesondere Verbesserungen in der Organisation der rund 1 250 Kliniken in Deutschland, die zum Organspende-System gehören, gefordert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die regionale Entwicklung der Organspenden in Rheinland-Pfalz im Verhältnis zu den anderen Bundesländern dar?
2. Wie viele Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz nehmen aktiv an der Organspende teil?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Zahl der Organspenderinnen und Organspender in Rheinland-Pfalz zu erhöhen?
4. Wie steht die Landesregierung zur Freistellung der Transplantationsbeauftragten der Krankenhäuser von anderen Aufgaben, wie es in Bayern seit 2017 praktiziert wird?

8. Abgeordneter
Joachim Paul (AfD)

Förderung leistungsstarker Schüler

In Rheinland-Pfalz nehmen 17 Pilotschulen an dem Projekt „Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ teil. Die Landesregierung antwortete auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 17/4653), dass „künftig eine deutlich größere Zahl begabter Kinder in den Blick genommen werden“ kann, „die es an allen Schularten gibt“. Unter den 17 Pilotschulen finden sich neben drei Realschulen plus und zwei integrierten Gesamtschulen lediglich fünf Gymnasien.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kriterien legt die Landesregierung zugrunde, um Schüler als „leistungsstark“, „begabt“ und „hochbegabt“ einzustufen?
2. Ist Leistungsstärke und Begabung an sehr gute Leistungen in bestimmten Fächern gebunden?
3. Verfolgt die Landesregierung mit dem Projekt „Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ das Ziel einer Elitenförderung?
4. Was verbirgt sich hinter der „Entwicklung eines schulischen Leitbildes“, welches für die Pilotschulen verpflichtend ist?

9. Abgeordnete
Steven Wink und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)

Planfeststellungsbeschluss für den Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth

Am 27. Dezember 2017 hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Dr. Volker Wissing, den Planfeststellungsbeschluss für eine zweite Rheinbrücke bei Wörth erhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die wirtschafts- und industriepolitische Bedeutung einer zweiten Rheinbrücke ein?
2. Welche vorgezogenen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wurden vom Landesbetrieb Mobilität bereits umgesetzt?
3. Wie bewertet die Landesregierung eine mögliche Entlastung für die „AS Wörther Kreuz“, den „Wörther Trog“ und die „Vorlandbrücke Maximiliansau“ nach der baulichen Realisierung der zweiten Rheinbrücke?
4. Wie wird der weitere Ablauf des Planungsverfahrens eingeschätzt?

10. Abgeordneter
Daniel Köbler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drei Jahre gesetzlicher Mindestlohn

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland der allgemeine gesetzliche Mindestlohn. Der DGB hat nun eine Analyse veröffentlicht, wie sich der gesetzliche Mindestlohn auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das Lohnniveau ausgewirkt hat.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der DGB-Analyse zu drei Jahren gesetzlichem Mindestlohn für Rheinland-Pfalz?
2. Inwiefern hat der gesetzliche Mindestlohn sich auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das Lohnniveau ausgewirkt?
3. In welchen Gewerben hat der Mindestlohn besondere Veränderungen erzielt?
4. Wie muss sich aus Sicht der Landesregierung der gesetzliche Mindestlohn weiterentwickeln, damit er existenzsichernd bleibt und die positiven Effekte weiter erzielt?

11. Abgeordneter
Adolf Kessel (CDU)

Haltung der Landesregierung zu einem Grundeinkommen

In der Allgemeinen Zeitung von 27. Dezember 2017 wird unter der Überschrift „Ministerin will Grundeinkommen“ darüber berichtet, dass nach Ansicht der rheinland-pfälzischen Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler in der künftigen Gestaltung von Sozialpolitik auch über ein bedingungsloses Grundeinkommen gesprochen werden sollte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein?
2. Welche Schritte will die Sozialministerin zur Unterstützung der Einführung eines Grundeinkommens unternehmen?
3. Inwieweit wird die Forderung nach einem Grundeinkommen Bestandteil des geplanten Aktionsplans für den Kampf gegen Armut sein?

12. Abgeordnete
Nico Steinbach und
Andreas Rahm (SPD)

Afrikanische Schweinepest

Die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest über Russland, das Baltikum und Polen in Richtung Deutschland verstärkt die Gefahr des Ausbruchs auch in Rheinland-Pfalz. Durch die hohe Population von Schwarzwild in Rheinland-Pfalz könnte sich die Tierseuche schnell ausbreiten und damit auch die Hausschweine mit dem Virus infizieren sowie die reguläre Schwarzwild-Jagd beenden. Besonders besorgniserregend ist auch, dass bereits ein Tropfen Blut für eine Neuinfektion ausreicht und der Virus zudem stabil gegenüber Umwelteinflüssen ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Bedrohungslage für Rheinland-Pfalz ein?
2. Was unternimmt die Landesregierung zum Schutz gegen den Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um die hohe Population von Schwarzwild einzudämmen?
4. Was plant die Landesregierung zukünftig, um den Schwarzwildbestand weiter zu reduzieren?

13. Abgeordneter
Martin Louis Schmidt
(AfD)

Zentralismus-Kritik im Elsass

Spitzenpolitiker Deutschlands und Frankreichs in Berlin und Paris planen auf Initiative des französischen Präsidenten Macron einen „neuen Elysée-Vertrag“. In einer am 22. Januar 2018 verabschiedeten gemeinsamen Resolution von Bundestag und Nationalversammlung werden die Regierungen beider Länder aufgefordert, im Laufe dieses Jahres ein solches Abkommen auszuarbeiten. Angestrebt sind ein „deutsch-französischer Wirtschaftsraum“ sowie eine engere Zusammenarbeit in der Sozial- und Steuerpolitik sowie in Sicherheits-, Migrations-, Klima- und Kulturfragen.

Unterdessen hält insbesondere im Elsass der Protest gegen die Auswirkungen der Anfang 2016 umgesetzten landesweiten Gebietsreform unvermindert an. So warb ein von prominenten Regionalpolitikern und Kulturschaffenden unterzeichneter „Aufruf der 100“ für eine eigenständige Region Elsass anstelle des nunmehrigen Zusammenschlusses mit Lothringen und Champagne-Ardenne. Der französische Rechnungshof kritisierte, dass die großangelegte Gebietsreform nicht wie versprochen Steuergelder gespart, sondern Mehrkosten verursacht habe.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat die rheinland-pfälzische Landesregierung, die im Rahmen des Oberrheinrates und der PAMINA-Zusammenarbeit gute Verbindungen ins Elsass unterhält, Informationsgespräche geführt mit den Departementsräten des Unterelsasses (Bas-Rhin) bzw. des Oberelsasses (Haut-Rhin) über die Anfang 2016 in Kraft getretene Gebietsreform und die neue Verwaltungseinheit „Grand Est“, die von beiden Departementsräten und deren Präsidenten als zentralistisch und nachteilig für die Interessen ihrer Heimatregion bewertet wurde, deren Ergebnisse sie in anstehende Verhandlungen zu einem „neuen Elysée-Vertrag“ einbringen kann?
2. Falls ja, welche konkreten Informationen konnten gewonnen werden? Falls nein, warum nicht?
3. Sieht die Landesregierung im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die anstehenden Verhandlungen zu einem „neuen Elysée-Vertrag“ die gerade unter vielen Kulturschaffenden, Schul- und Sprachaktivisten in allen Teilen des Elsasses weit verbreitete Sorge als berechtigt an, der Zusammenschluss mit der innerfranzösischen Region Champagne-Ardenne und dem nur im Ostteil binational geprägten Lothringen könne zu einer Schwächung der im Grenzland Elsass tiefverwurzelten deutschen Einflüsse, nicht zuletzt der angestammten rhein- und moselfränkischen Dialekte führen und den Stellenwert des Hochdeutschen im Schulunterricht schmälern?
4. Stimmt die Landesregierung im Hinblick auf die anstehenden Verhandlungen zu einem „neuen Elysée-Vertrag“ der Überzeugung zu, dass ein identitäts- und werteorientierter Föderalismus sowie eine bürgernahe Dezentralität und Subsidiarität sowohl hinsichtlich der Verwaltungsstrukturen als auch in Bezug auf die Kultur- und Bildungspolitik maßgebliche Grundgedanken der nationalen wie der europäischen Politik sein sollten?

14. Abgeordnete

**Horst Gies und
Christine Schneider**
(CDU)

Afrikanische Schweinepest

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) breitet sich über Russland und das Baltikum in Richtung Westeuropa aus. Seit dem 21. Juni 2017 wurde ASP bei Wildschweinen erstmals auch in der Tschechischen Republik festgestellt. Es besteht stets die Gefahr, dass die Seuche aufgrund des hohen Infektionsdruckes in weitere Länder der EU verschleppt wird. Eine Einschleppung der Schweinepest nach Deutschland würde neben den Auswirkungen für die Tiere auch schwere wirtschaftliche Folgen mit sich bringen.

Bei der Afrikanischen Schweinepest handelt es sich um eine schwere Virusinfektion, die ausschließlich Schweine (Haus- und Wildschweine) betrifft und für diese tödlich ist. Experten raten, die Wildschweinpopulation erheblich zu reduzieren, um die Übertragungsgefahr von Wildschwein zu Wildschwein einzudämmen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche vorbeugenden Maßnahmen hat die Landesregierung bisher eingeleitet?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der starken Bejagung?
3. Wenn ja, wie beabsichtigt die Landesregierung, eine Steigerung der Abschussquote zu erzielen?

15. Abgeordnete

**Giorgina Kazungu-Haß
und Jörg Denninghoff**
(SPD)

Varianten für Bahntunnel am Mittelrhein

Im Jahr 2013 teilte die Deutsche Bahn mit, dass aus technischen und rechtlichen Gründen die Erneuerung von Bank-, Bett- und Kammereckentunnel zwischen St. Goar und Oberwesel erforderlich ist. Im Rahmen einer breit angelegten Öffentlichkeitsbeteiligung in den Jahren 2013 und 2014 wurden sechs verschiedene Tunnelvarianten vorgestellt und diskutiert. Der mit Vertretern von Kommunen, Fachbehörden, Vereinen und Bürgern besetzte Arbeitskreis zur Erneuerung der Tunnel sprach sich überwiegend für die Realisierung der Variante „pink“ aus.

Der Beauftragte der Landesregierung für das Welterbe hat sich laut aktueller Presseberichterstattung nun für die „pink“ Variante ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum spricht sich die Landesregierung für die Variante „pink“ aus?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Welterbeverträglichkeit der Tunnelvarianten?
3. Wie wirken sich die unterschiedlichen Tunnelvarianten auf die Lärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelrheintal aus?
4. Wie weit ist nach Informationen der Landesregierung die Entscheidungsfindung bei der Deutschen Bahn über die Tunnelvarianten fortgeschritten?

16. Abgeordnete

Hedi Thelen (CDU)

Weißer Flecken in der ambulanten Pflegeversorgung in Rheinland-Pfalz

Von mehreren Medien wurde in diesem Monat über erste weiße Flecken in der ambulanten pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz berichtet. Allerdings sieht nach diesen Berichten das Sozialministerium bislang keine belastbaren Hinweise auf Versorgungsengpässe. Dem Ministerium seien vergleichbare Schilderungen zu Schwierigkeiten für Betroffene, einen ambulanten Pflegedienst im ländlichen Raum zu finden und mitunter lange Wartezeiten zu erdulden, nicht bekannt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über den insgesamt aktuell im Bereich der Pflege im Land bestehenden Fachkräftemangel vor (ohne Unterscheidung nach ambulant und stationär)?
2. Welche und wie viele konkrete Hinweise und Unterlagen benötigt das Ministerium, um den Fachkräftemangel in der ambulanten Pflege und seine Auswirkungen zu erkennen?
3. Warum ging das Ministerium bislang offensichtlich davon aus, dass sich dieser Fachkräftemangel nur im Bereich der stationären Pflege auswirkt?
4. Wie will das Ministerium in Zukunft proaktiv vorgehen, um diese und evtl. andere vorliegende grundsätzliche Erkenntnislücken zu schließen?

17. Abgeordnete
Christian Baldauf,
Martin Brandl und
Gabriele Wieland (CDU)

Planfeststellungsbeschluss für den Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth

Laut Pressemitteilung des Verkehrsministeriums hat Verkehrsminister Dr. Wissing am 27. Dezember 2017 den Planfeststellungsbeschluss für den Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth vom Geschäftsführer des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz im Rahmen eines Pressetermins erhalten. Eine Offenlegung des Planfeststellungsbeschlusses ist auch auf Nachfrage nicht erfolgt.

Die öffentliche Bekanntmachung des Planfeststellungsbeschlusses soll voraussichtlich erst im März 2018 erfolgen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen konkreten Gründen wurde der Planfeststellungsbeschluss nicht im Zuge des Pressetermins des Verkehrsministers öffentlich zugänglich gemacht?
2. Welche konkreten Schritte sind bis zur Offenlegung des Planfeststellungsbeschlusses vonseiten des Verkehrsministeriums und den zuständigen Behörden noch zu vollziehen?
3. Inwieweit bedürfen und rechtfertigen diese Schritte eine Vorbereitungszeit von über zwei Monaten?
4. Wie gestaltet sich der weitere planerische und zeitliche Verlauf nach der Offenlegung des Planfeststellungsbeschlusses?